

Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU Kreisverband Magdeburg**

Seite 2

Im Interview
Minister Daehre

Seite 5

Regionalkonferenz
für Flugplatzausbau

Seite 8

Verantwortungsvolle
Politik im Bundesrat

Seite 10

Zum neuen
Kinderförderungsgesetz

Seite 11

Bürgerbüro
in Olvenstedt

Seite 13

Schüler für
Politik begeistern

Konsolidierungskurs sichert Zukunft

Sachsen-Anhalt finanzpolitisch auf neuem Kurs

"Kaputtsparen" und "falsche Prioritäten", "Unausgewogenheit" oder "Wankelmut" - eines ist der Regierungskoalition aus CDU und FDP in Sachsen-Anhalt nicht vorgeworfen worden: Dass sie die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf über die Notwendigkeit der Haushaltssanierung hinweggetäuscht hat.

Prof. Böhmer ist - nicht nur im Wahlkampf - äußerst glaubhaft als Sanierer aufgetreten. Als ehemaliger Finanzminister und später als Fraktionsvorsitzender hat er die schwierige finanzielle Situation des Landes weder übertrieben noch klein geredet. Es konnte daher nicht überraschen, dass er als Ministerpräsident im Juni die Konsolidierung der Landesfinanzen zur obersten politischen Priorität erklärt hat. Diesem Kurs fühlte sich die CDU-Landtagsfraktion von den Koalitionsverhandlungen an über die ersten gesetzgeberischen Schritte bis hin zur Verabschiedung des Landeshaushaltes 2003 im Februar verpflichtet.

Konsequent wird sie auch in Zukunft an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung arbeiten. Mit dem nicht unumstrittenen Slogan: "Durch hartes Sparen zum Erfolg" habe ich meine Wählerinnen und Wähler für die desolote Situation der Landesfinanzen sensibilisiert und auf den konsequenten Sparkurs vorbereitet, den wir nun in großer Geschlossenheit verfolgen. Ein erster bedeutender Schritt auf diesem Weg ist getan: Im Jahr 2003 verringert sich die Neuverschuldung von ca. 1,5 Mrd. Euro (2002) um die Hälfte auf etwa 750 Mio. Euro.

Schwierige Vorgaben in der Haushaltsaufstellung

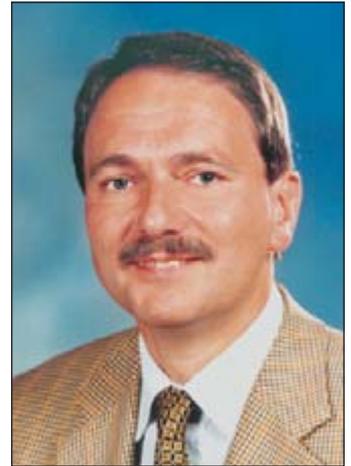
Wenn die Opposition aus SPD und PDS ansonsten jedoch kein gutes

Haar an der Finanzpolitik der Landesregierung gelassen hat, so ist dies der beste Beleg für den gelungenen Paradigmenwechsel in Sachsen-Anhalt.

In mehreren Etappen haben wir, ungeachtet äußerst schwieriger Vorgaben aus Berlin, einen Kurswechsel vollzogen: Galt es in den ersten Monaten nach der Landtagswahl, das schwierige Erbe der Höppner-Regierung in einem Nachtragshaushalt zu bilanzieren, so sahen wir uns bei der Haushaltsaufstellung im Herbst erneut mit einer Hiobsbotschaft konfrontiert. Die November-Steuerschätzung prognostizierte dem Land für ein einziges Jahr Mindereinnahmen in Höhe von 307 Millionen Euro. Bei einem Haushaltsvolumen von gut 10 Milliarden Euro, das durch eine Vielzahl einzelner Ausgabeverpflichtungen (darunter Löhne und Gehälter der öffentlichen Bediensteten, Zuwendungsverträge für kulturelle Einrichtungen u.v.a.m.) kaum freie Gestaltungsspielräume lässt, stellt die Kompensation eines derartigen Einnahmerückganges eine schier unüberwindbare Hürde dar. Damit wurde bereits im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2003 deutlich, dass wir alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen hatten, um nicht in eine höhere Neuverschuldung ausweichen zu müssen.

Konsequentes Sparen ohne Alternative

Wie tief der von SPD und PDS in der Vergangenheit praktizierte Weg in die Schuldenfalle bereits geführt hat, sollen diese Zahlen verdeutlichen: Nur 43 Prozent des Landeseinsatzes werden durch eigene Steuereinnahmen erbracht, 15 Mrd. Euro



Schulden bedeuten Zinsverpflichtungen von etwa 2,5 Mrd. Euro pro Tag oder 100.000 Euro pro Stunde. Der Umfang dieser Belastungen steigt von Jahr zu Jahr.

Im Umkehrschluss verringern sich die Möglichkeiten, zukunftsorientierte Investitionen, etwa in den Bereichen Bildung und Infrastruktur, finanzpolitisch abzusichern.

Auch den enormen zusätzlichen Belastungen durch das Jahrhunderthochwasser an Elbe und Mulde musste die Finanzpolitik bei der Haushaltsaufstellung Rechnung tragen. So wurden sowohl die Ansätze für präventive Schutzmaßnahmen erhöht als auch Mittel für die Schadensbeseitigung bereitgestellt.

Es ist bereits angeklungen: Unser Konsolidierungskurs setzt bei der Frage an, was wir uns in Zukunft noch leisten können. Das Kinderbetreuungsgesetz ist das bedeutendste Beispiel dafür, dass Sachsen-Anhalt in der Vergangenheit über die eigenen Verhältnisse gelebt hat. Kein anderes Bundesland leistet sich so hohe Betreuungsstandards, kein Land gibt für vergleichbare Einzelleistungen so viel aus, wie wir in Sachsen-Anhalt.

Fortsetzung Seite 4



Einladung

Podiumsdiskussion der CDU-Landtagsfraktion mit Experten aus Politik, (u. a. mit Wolfgang Schäuble) Wirtschaft und Wissenschaft
20. März 2003, 19 Uhr, Maritim-Hotel Magdeburg
Deutschland im Abseits? Amerikanisch-Deutsche Wirtschaftsbeziehungen in der Bewährungsprobe

Interview mit Minister Dr. Daehre: **“Es ist Fünf nach Zwölf - Berlin muß endlich handeln!”**

Elbkurier: Herr Minister, es ist offensichtlich: Deutschland steckt tief in der Krise. Hat sich Deutschland mit der Vollendung der deutschen Einheit und gleichzeitigen europäischen Einigung finanziell und mental übernommen?

Minister Daehre: Die Bundesrepublik alt hat nach dem Krieg ein Wirtschaftswunder erlebt und dadurch schöne fette Jahre gehabt. Man hat sich viel geleistet, was man sich vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung sicher leisten konnte. Und jetzt stehen wir vor dem Problem, dass wir von dem hohen Anspruchsdenken nicht herunter kommen.

Elbkurier: Woran lässt sich das festmachen?

Minister Daehre: Ein Beispiel: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Im Osten hätte niemand diskutiert, da man an 90% gewöhnt war...

Elbkurier:... aber im Westen wäre ein Aufschrei zu erwarten!

Minister Daehre: Ja! Der Westen Deutschlands muß sich umstellen. Darüber müssen wir nachdenken. Wer zu Hause bleibt und nicht arbeitet, hat keinen Anspruch auf 100%. Diese fantastischen Zusagen aus den 70er Jahren belasten uns heute. Übrigens genauso die erdrückende Bürokratie.

Elbkurier: Soweit Ihr Befund. Wie kommen wir aus dieser Sackgasse wieder heraus?

Minister Daehre: Es gibt in Deutschland Gegenden, in denen es den Menschen immer noch hervorragend geht. Der Druck zur Veränderung ist noch nicht groß genug. Der Leidensdruck in den südlichen und westlichen Ländern ist nicht da! In Bayern liegt die Arbeitslosigkeit zum Teil bei 3,5%.

Elbkurier: Aber Bayern ist doch nicht der Bremser - oder?

Minister Daehre: Aber natürlich! Wir reden alle darüber, aber Veränderungen will keiner. Sobald es ans Eingemachte geht ist Schluss! Wenn man in Bayern z.B. die Lohnfortzahlung auf 90% senken möchte, würden alle aufschreien. Da würden die Alpen zusammenbrechen.

Elbkurier: Heißt das, dass Deutschland erst noch tiefer in die Krise geraten muss?

Minister Daehre: Nein, nicht noch tiefer! Es ist eigentlich schon 5 nach 12! Wir kommen jetzt nur über eine Koalition der Kooperation weiter. Die Probleme liegen auf dem Tisch. Jetzt muss gehandelt werden.

Elbkurier: Wird diese Zusammenarbeit funktionieren? Sind von dieser "Koalition der Kooperation" wirkliche Lösungen zu erwarten?

Minister Daehre: Entweder jetzt mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat oder erst nach der nächsten Bundestagswahl. Aber alle haben versprochen, dass man konstruktiv zusammenarbeiten will. Das müssen wir auch von unseren Parteifreunden einfordern.

Elbkurier: Also weiter recht schwierige Rahmenbedingungen in Deutschland, die durch die Irak-Krise und das Zerwürfnis mit den USA noch verschärft werden!

Minister Daehre: Was Schröder und die SPD machen, ist mittel- und langfristig eine Katastrophe. Die amerikanischen Investoren werden überall hingehen, bloß nicht mehr nach Deutschland. Die Amerikaner haben Deutschland immer geholfen. Wenn die Amerikaner sich aus Europa zurück gezogen hätten, wäre der Russe bis zum Atlantik marschiert. Und jetzt lassen wir die Amerikaner im Stich, das ist nicht zu verstehen. Im übrigen wollen wir alle Frieden.

Elbkurier: Welche Spielräume hat unter solchen Bedingungen die Landespolitik?

Minister Daehre: Wir wollen Modellregion werden! Wirtschaftsminister Clement hat das vorgeschlagen und wir wollen diesen Weg gehen und sehen, ob die Bundesregierung ernst macht. In Sachsen-Anhalt ist die Bereitschaft zu Reformen am größten und die Flexibilität ebenfalls, weil es den Menschen wirklich um Arbeitsplätze geht.

Elbkurier: Was hat man sich unter einer Modellregion vorzustellen?

Minister Daehre: Der Bund soll uns Möglichkeiten einräumen, dass wir



Bau- und Verkehrsminister Daehre: "Wir sind bereit, als Modellregion neue Wege zu gehen."

neue Wege gehen können, z.B. mit Experimentierklauseln. Aber ich verlange auch, dass ein altes Bundesland ausgesucht wird, damit die Ergebnisse nachher auch wirklich auf ganz Deutschland übertragen werden können.

Elbkurier: Wie sehen die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer Modellregion aus?

Minister Daehre: Wir werden konkrete Vorschläge machen. Wir müssen zunächst aufschlüsseln, wo reine Landesgesetze und wo Bundesgesetze betroffen sind. EU-Recht müssen wir erst mal ausklammern, das würde die Sache verkomplizieren. Aber wir müssen prüfen, welche Regelungen außer Kraft gesetzt werden können. Dabei müssen wir natürlich die Verfassung beachten, aber im einen oder anderen Fall die Verfassung auch ändern. Das wird schwer, das ist klar! Sinnvoll wäre eine Gesetzessynopse von 1962 zu 2002.

Elbkurier: Welche Änderungen haben Sie dabei im Blick?

Minister Daehre: Das geht los mit dem öffentlichen Dienst. Wir müssen entsprechend der finanziellen Situation des Landes von Tarifvereinbarungen abweichen dürfen. Wenn's einem Betrieb schlecht geht, wird er immer überlegen, auf welche freiwilligen Leistungen er verzichten kann. Es muss ja nicht immer gleich die Kündigung sein.

Elbkurier: Was heißt das nun, auf den öffentlichen Dienst übertragen?

Minister Daehre: Konkretes Beispiel: Es würde doch keinem wehtun, wenn wir ab einer bestimmten Gehaltsgruppe auf das Weihnachtsgeld verzichten würden. Nicht für den einfachen Polizisten, aber für die höheren Einkommen. Die Tatsache, dass der Beamtenbund hierzu erste Vorschläge gemacht hat, zeigt ja, dass man weiß, es muss etwas passieren. Vor zwei Jahren war das undenkbar. Und hier sehe ich noch Spielraum.

Und das zweite ist der Kündigungsschutz. Auch darüber müssen wir nachdenken. Und das dritte ist wie gesagt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Alles unter dem Blickwinkel der Arbeitsplätze. Wir müssen aber auch die ausufernde Bürokratie einschränken. Wenn ich sehe, wie oft wir z.B. dieselben Dinge prüfen. Wir haben einen Landesrechnungshof. Wenn der durch Stichproben Dinge prüft, muss das genügen!

Elbkurier: Auch auf die Gefahr hin, dass mal ein schwarzes Schaf durchrutscht?

Minister Daehre: Das passiert soundso. Es hilft uns dabei auch nicht, wenn immer nur auf die Beamten und Angestellten draufgehauen wird. Die Beamtenschaft braucht das Vertrauen der Politik, sonst übernimmt niemand Verantwortung und sichert sich fünffach ab.

Elbkurier: Was sind die Schwerpunkte des Verkehrs- und Bauministers Daehre?

Minister Daehre: Wir brauchen einen Masterplan für die Verkehrsinfrastruktur, also einen Landesverkehrswegeplan, der alle verkehrlichen Anforderungen bis 2015 enthält. Dann wissen auch alle Beteiligten, welche Landesstraßen saniert werden und was wir uns auf absehbare Zeit nicht leisten können.

Das zweite große Thema ist der Stadtbau. Zum ersten Mal in der Geschichte müssen wir die Schrumpfung unserer Städte gestalten. Das ist eine große Herausforderung. Da gibt es keine perfekten Lösungen, aber die Aufgabe heißt abreißen und nochmals abreißen!

Interview mit Minister Dr. Daehre

Elbkurier: Herr Minister, provokierend gefragt, ist der Aufbau Ost gescheitert, wenn wir jetzt in Größenordnung Wohnungen abreißen müssen und die Menschen das Land verlassen?

Minister Daehre: Im Jahr 1990 hätte hier keiner gedacht, dass wir zehn Jahre später Wohnungsüberhang haben. Deshalb bin ich vorsichtig, wie es wirklich 2012 aussehen wird. Wir müssen uns dem Wettbewerb aller Städte und Regionen in Deutschland stellen. Dabei muss der Stadtbau Ost helfen. Und wir sollten vorbereitet sein, dass auch wieder Menschen zuwandern, wenn die Bauplätze in München unbezahlbar werden. Vielleicht heißt es in ein paar Jahren wieder: Go Ost!

Elbkurier: Das klingt sehr optimistisch ...

Minister Daehre: Ja, das muss die

manchmal das Gefühl, dass ich nicht dazu gehöre.

Zum Flugplatz hat die Landesregierung eine eindeutige Regelung getroffen. Die Vorgängerregierung hat Cochstedt ohne Konzept hingestellt und jetzt müssen wir Cochstedt ans Netz bringen und privatisieren, damit wir wenigstens einen Teil der Landesmittel retten.

Elbkurier: Bis dahin gehen sicher alle mit. Aber was ist, wenn der Private nicht gefunden wird? Steigt dann das Land in Cochstedt weiter ein und macht Konkurrenz gegen das kommunale Projekt in Magdeburg?

Minister Daehre: Dann ist die Entscheidung zu treffen, weil wir nur einen Flugplatz im Raum Magdeburg brauchen.

Elbkurier: Wie sehen Sie die anderen Großprojekte der Stadt, wie Sternbrücke, Tunnel etc.

blockiert ist, dann geht am Uni-platz nichts mehr. Für solche Fälle ist die Entlastungsstrecke B 1 leistungsfähig auszubauen. Aber über die Finanzierung müssen wir dazu noch mit der Stadt reden.

Elbkurier: Thema Stadionbau: Die CDU Magdeburg hat dazu eine klare Position. Ein kleines Stadion mit 15.000 Plätzen und der Möglichkeit, das Stadion bei Bedarf auszubauen. Wie sieht das der Sportsmann Daehre?

Minister Daehre: Es laufen zur Zeit Gespräche mit einem privaten Investor. Magdeburg braucht ein neues Stadion, denn Fußball ist die Sportart Nummer 1, aber solange Magdeburg in der Oberliga spielt, ist ein teures Großprojekt unsinnig.

Elbkurier: Das Allee-Center soll erweitert werden. Wie schätzen Sie die Entwicklung der Magdeburger Innenstadt insbesondere im Verhältnis zum Umland ein?

Minister Daehre: Magdeburg profitiert auch von seinem Umland. Das wird nirgends so deutlich, wie beim Einzelhandel. Aber bis jetzt gilt: Die Leute fahren in die Stadt, kaufen ein und fahren wieder weg, ohne von Magdeburg weiter Notiz genommen zu haben. Magdeburg muss einen attraktiven Erlebnisbereich schaffen und dazu die Elbe viel stärker einbeziehen.

Elbkurier: Stichwort Elbe: Sie sind seit vielen Jahren Präsident des Rennvereins. Zweimal wurde das Gelände in den letzten Monaten durch Hochwasser verwüstet. Wie sieht die Zukunft des Rennvereins aus?

Minister Daehre: Der Rennverein schafft es alleine nicht. Ich strebe eine Vereinbarung zwischen Verein und Stadt an, um die Weiterentwicklung zu sichern.

Elbkurier: Macht Politik bei all den Problemen noch Freude?

Minister Daehre: Ich habe acht lange Jahre geflucht als wir auf den Oppositionsbänken saßen. Jetzt freue ich mich, dass ich wieder Dinge mitgestalten kann. Aber für die nächste Landtagswahl möchte ich nicht mehr kandidieren.

Elbkurier: Herr Minister, vielen Dank für das Gespräch!



Minister Daehre: "Der Wiederaufbau der Sternbrücke ist richtig." Im Bild die Baustelle nach dem Abriss der beschädigten Pfeiler.

Botschaft sein, dass wir in Sachen Lebensqualität mithalten können. Und hier hat die Landeshauptstadt Magdeburg eine besondere Verpflichtung und der wollen wir gemeinsam nachkommen.

Elbkurier: Damit sind wir bei den Magdeburger Themen. Hier gibt es durchaus Differenzen zwischen Stadt- und Landespolitik, auch innerhalb der CDU. Wie sieht das der Landesminister aus der Börde?

Minister Daehre: Es ist schon interessant. In anderen Regionen Sachsen-Anhalts werde ich immer als Magdeburger wahrgenommen. Hier in Magdeburg habe ich

Minister Daehre: Die Entscheidung zum Wiederaufbau der Sternbrücke war richtig, weil damit der Stadtpark sehr gut mit der Innenstadt verbunden wird und außerdem hängen die Magdeburger dran. Deshalb wird die Landesregierung trotz knapper Kassen 6,2 Mio. Euro zum Wiederaufbau bis 2005 leisten. Und aus dem Aufbauhilfefonds kommen nochmals zusätzliche 2,6 Mio. Euro, weil sich die Pfeiler durch das Hochwasser gesenkt haben.

Was die Untertunnelung des Uni-platzes angeht, muss man die Funktion der B 1 sehen. Wenn die A 2 z.B. wegen einer Havarie

März

Neumitgliederversammlung
11.03.2003, 19.00 Uhr
Landesgeschäftsstelle,
Hegelstr. 23

Fachausschuss Umwelt
17.03.2003, 18.00 Uhr,
Hegelstr. 23

Senioren
17.03.2003, 10.00 Uhr
Hegelstr. 23

OMV
17.03.2003, 18.00 Uhr
Hegelstr. 23

Ortsverb. Neustädter Feld
25.03.2003, 19.30 Uhr
"Am Birkenweiler",
Süplinger Weg 52

Ortsverband Neustädter
See/Rothensee/Kannenstieg
26.03.2003, 19.30 Uhr
"Cafe Nordlicht"

April

Gemeinsame Sitzung der
Ortsverbände Am Neustäd-
ter Feld und Olvenstedt
22.04.2003, 19.30 Uhr
"Am Birkenweiler",
Süplinger Weg 52

Ortsverband Neustädter
See/Rothensee/Kannenstieg
23. 04. 2003, 19.30 Uhr
"Cafe Nordlicht"

Mai

Senioren
Busfahrt in den Harz,
Burg Falkenstein
20.05.2003, 8.00 Uhr

Gesamtmitglieder-
versammlung
21.05.2003, 19.00 Uhr
Hansa-Hotel Magdeburg,
Hansapark 2

Wandertag der CDU
mit Dampferfahrt
zum Wasserstraßenkreuz
27.05.2003, 19.00 Uhr

ARBEITSMARKT: Angela Merkel fordert Rot-Grün zu "nationalem Kraftakt" auf

"Die heute gemeldete Zahl von 4,6 Millionen Arbeitslosen übertrifft unsere schlimmsten Erwartungen", sagte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel am Mittwoch in Berlin. Besonders dramatisch sei die hohe Jugendarbeitslosigkeit mit 9,4 Prozent: Viele junge Menschen könnten angesichts dieser Zahl nur noch mit Sorge in die Zukunft blicken.

Die Oppositionsführerin forderte Bundeskanzler Schröder ausdrücklich auf, sich jetzt von seinen "Weiter so"-Parolen zu verabschieden. Auch müsse das Gerede über eine "große Koalition" aufhören. Stattdessen sei es höchste Zeit für einen "nationalen Kraftakt, der von der Bundesregierung geleistet" werden müsse. "Das sind wir den Arbeitslosen schuldig", betonte Angela Merkel.

Voraussetzung dafür sei jedoch "ein neues Denken ohne Tabus". Auf der Agenda stünden Themen wie die Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen, die Zukunft des Rentensystems, der Anstieg der Lohnnebenkosten sowie betriebliche Bündnisse für Arbeit.

Sollte die Bundesregierung einen "nationalen Kraftakt wagen und mit Vorschlägen auf uns zukommen, werden wir uns dem nicht verschließen", betonte die CDU-Vorsitzende. Denn ohne notwendige Reformen "bleibt Deutschland der kranke Mann Europas".

In diesem Zusammenhang forderte die Oppositionsführerin die Bundesregierung auf, 2003 zum Jahr "des Handelns und des Aufbruchs zu machen". Ohne eine Lösung der Koalition aus der "Umklammerung der Gewerkschaften" werde dieses Vorhaben jedoch nicht gelingen.

Fortsetzung Seite 1: Neuer finanzpolitischer Kurs

Hier waren Veränderungen angezeigt, die wir nun, unter Einbeziehung der Oppositionspartei SPD, vollzogen haben. (Übrigens ist diese Beschlussfassung ein gutes Beispiel dafür, dass im Landtag tatsächlich verhandelt und nicht einfach nur abgestimmt wird.) Mit dem neuen Kinderförderungsgesetz hält Sachsen-Anhalt als eines der ärmsten Bundesländer nach wie vor die höchsten Standards in der Kinderbetreuung aufrecht. Wir sind uns der großen Verantwortung dafür bewusst, dass junge Menschen ihren Lebensmittelpunkt in Sachsen-Anhalt suchen und hier eine Familie gründen. Daher werden wir uns in Krippe, Kindergarten und Hort auch in Zukunft stärker engagieren, als dies in vielen anderen Bereichen möglich ist. Zugleich nehmen wir die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder und für eine bedarfsorientierte Inanspruchnahme staatlicher Leistungen in höherem Maße in die Pflicht. Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit wird durch das neue Kinderförderungsgesetz uneingeschränkt gewährleistet.

Sachsen-Anhalt wird auch in Zukunft Kurs halten

Die Reform der Kinderbetreuung steht beispielhaft für eine Sanierungspolitik, die nicht den Weg des geringsten Widerstandes geht. Wir werden auch in Zukunft vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken, wenn sie der Zukunftsfähigkeit unseres Landes dienen. Wir werden unserem Grundsatz treu bleiben, dass wir eine gerechte Lastenverteilung und zukunftsorientierte Ausgabenpolitik, nicht jedoch Klientelinteressen, zur Leitlinie unseres Sanierungskurses nehmen. Gegenüber dem Bund müssen wir deutlich machen, dass für jede zusätzliche Belastung, die uns auferlegt wird, auch die entsprechenden Finanzausweisungen zu leisten sind.

Der unhaltbare Zustand, dass der Bundesfinanzminister seinen Haushalt auf Kosten der Länder saniert, muss ein Ende haben. Eine verfehlte rot-grüne Wirtschafts- und Steuerpolitik hat zu dramatischen Steuerausfällen im Bereich der Körperschaftsteuer geführt, die sich in den

Haushalten der Länder ungleich stärker auswirken als im Bundesetat. Ähnliches gilt mit Blick auf die Gewerbesteuer für die Kommunen. Hier mahnen wir gegenüber der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel an.

Mit unserem Konsolidierungskurs werden wir den erforderlichen Beitrag zur Einhaltung des Euro-Stabilitätspaktes leisten. Abgesehen von Berlin spart kein anderes Bundesland mit vergleichbarer Konsequenz.

In den kommenden Jahren gilt es, insbesondere die Ausgaben für das Landespersonal zu reduzieren und durch Effizienzgewinne und Aufgabenverzicht eine hohe Investitionsquote abzusichern. Auch in unserem Kreisverband, im Gespräch mit dem Bürger auf der Straße, sind wir gut beraten, deutlich zu machen, dass ein harter Sparkurs ohne Alternative ist. Die Menschen sind dazu bereit und dieser Umstand bestärkt uns in unserer Entschlossenheit, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen.

Jürgen Scharf

IRAK-KRISE: Deutsche Haltung schwächt internationale Bemühungen zur Sicherung des Friedens

"Deutschland steht innen- wie außenpolitisch am Scheideweg", sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel. Ohne grundlegende Richtungsänderung werde sich die Abwärtsspirale weiter nach unten bewegen.

Angesichts von 4,62 Millionen Arbeitslosen komme für die Union eine Politik des "Weiter so" à la Schröder nicht in Frage.

Notwendig sei eine "nationale Kraftanstrengung" mit tief greifenden Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen. Konkret hatte der Fraktionsvorstand während seiner zweitägigen Klausurtagung unter anderem einen "Drei-Stufen-Plan" mit kurz-, mittel- und langfristigen Reformvorschlägen beschlossen.

Zur Irak-Krise hat die Oppositionsführerin Bundeskanzler Schröder in einem Brief ihre Sorgen mitgeteilt.

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge:

"Als erster Regierungschef eines Mitgliedsstaates des Weltsicherheitsrates und erster europäischer Regierungschef haben Sie sich in einer Wahlkampfede in Goslar darauf festgelegt, eventuell erforderliche militärische Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Irak im Weltsicherheitsrat nicht mitzutragen.

Sie haben diese Absicht in einer Pressekonferenz wiederholt. Diese Haltung macht Sorge, weil sie die Glaubwürdigkeit der internationalen Bemühungen um eine Entwaffnung des Irak und eine nachhaltige Sicherung des Friedens schwächt. Ich möchte Sie deshalb nicht nur bitten, Ihre Haltung in der Sache noch einmal zu überdenken. Ich bitte Sie vielmehr auch dringend, Ihre Auffassung in einer Regierungserklärung vor dem Deut-



Die Oppositionsführerin Angela Merkel kritisiert heftig Schröders Außenpolitik.

schen Bundestag darzulegen. Es geht nicht an, dass der Deutsche Bundestag in dieser wichtigen Angelegenheit zum Zuschauer gemacht wird. Er muss als Forum der Nation Gelegenheit erhalten, Ihre Auffassung authentisch und unmittelbar zu erfahren und sich damit auseinanderzusetzen."

Regionalkonferenz für Ausbau des Magdeburger Flugplatzes

Köhler: "Die CDU in der Region muss mit einer Sprache sprechen!"

Die Zukunft der Windkraft, der geplante Ausbau des Magdeburger Flugplatzes, die Zukunft des Einzelhandels und der Ausbau von Elbe und Saale waren die Themen der 4. Regionalkonferenz der CDU am 5. Februar in der Landesgeschäftsstelle Magdeburg. Stellvertretender Kreisvorsitzender Wilfried Köhler hatte wieder die Initiative ergriffen und konnte wichtige CDU-Vertreter aus den vier Umlandkreisen in der Landeshauptstadt begrüßen.

So nahmen sich alle fünf CDU-Kreisvorsitzenden und mehrere Mitglieder von Landtag und Bundestag die Zeit, gemeinsam wichtige politische Ziele abzustecken und die Kräfte zu bündeln. Köhler forderte, dass die Region mit einer Sprache sprechen muss, wenn sie in Bund und Land Gehör finden will.

Beim Thema Windkraft wurde schnell deutlich, dass die Skepsis über den weiteren Ausbau dieser Art Stromerzeugung klar überwiegt. Trotz der Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze im Raum Magdeburg durch die boomende Windkraftindustrie plädierte die Regionalkonferenz

für eine restriktive Handhabung bei der weiteren Ausweisung von Windeignungsgebieten in der Region Magdeburg. Die Börde sei schon jetzt mit zu vielen Windkraftanlagen zugepflastert, war die überwiegende Meinung der etwa 35 Teilnehmer.

Zum Themenkomplex Flugplatz gab es keine Kontroverse. Ohne Gegenmeinung wurde ein Positionspapier (vgl. Beitrag auf dieser Seite) bestätigt, das an den Ausbauplänen des Flugplatzes Magdeburg festhält und daran erinnert, dass das Projekt Cochstedt von Anfang an als Gewerbe- und Industriestandort mit Landebahn gedacht war und zu keiner Zeit ein Ersatz für den Flugplatz Magdeburg sein sollte. Auch der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende und Landrat im Ohrekreis, Thomas Weibel, stellte sich ohne Umschweife hinter Magdeburgs Flugplatz und die Forderungen an die Landesregierung.

Einigkeit herrschte auch bei der Ablehnung des Ausbaustopps von Elbe und Saale durch die rot-grüne Bundesregierung. Zwischenzeitlich

ist Bundesverkehrsminister Stolpe jedoch umgeschwenkt und plädiert nun selbst für die Weiterführung der begonnenen Ausbaumaßnahmen an beiden Flüssen zur Stärkung der Güterschifffahrt.

Hinsichtlich der geplanten Erweiterung des Allee-Centers in Magdeburg gab es zahlreiche kritische Stimmen. So wies etwa Haldensleben Oberbürgermeister Norbert Eichler auf die große Sogwirkung

des Magdeburger Einzelhandels hin, was zur Schwächung der Innenstädte im Umland führe. Gleichzeitig wurde aber auch die teilweise immer noch mangelnde Attraktivität der Magdeburger Innenstadt beklagt. Wenn Magdeburg mit westlichen Städten wie Braunschweig mithalten wolle, müsste die Aufenthaltsqualität in der City weiter verbessert werden, war Tenor der zahlreichen Diskussionsbeiträge.



Heftige Debatten aber auch viel Übereinstimmung herrschte unter den Unionsfreunden bei der 4. CDU-Regionalkonferenz unter Leitung von Wilfried Köhler. Ein Positionspapier zum Flugplatzausbau wurde verabschiedet.
Foto: Birgit Uebe

Positionspapier der CDU-Regionalkonferenz vom 5. Februar 2003

- Der internationale Verkehrsflughafen Leipzig/Halle ist uneingeschränkt der für das Land aus verkehrlichen und wirtschaftlichen Erwägungen notwendige Standort. Aus diesem Grund befürwortet die CDU-Regionalkonferenz die Bestrebungen der Landesregierung, mit ihrer Beteiligung diesen Standort zum Wohle aller Regionen des Landes zu unterstützen und die Entwicklung zu fördern.

- Die Region Magdeburg hat sich auf der Basis eines Gutachtens der Prognos AG das folgende Leitbild gegeben: "Eine wachstumsstarke Produktions- und Dienstleistungsregion im Kreuzungsbereich wichtiger Verkehrswege und -träger, in der die vielfältigen und traditionellen Potentiale der Teilräume kooperativ miteinander verbunden werden".

- Die Umsetzung dieses Leitbildes verlangt nach einem leistungsfähigen Luftverkehrsanschluss innerhalb der Grenzen der Region.

- Die Bemühungen des Landes um eine weitere luftverkehrliche Entwicklung werden begrüßt, da in den nächsten 15 Jahren mit einer Verdoppelung des Luftverkehrs gerechnet wird. Es sollte jedoch derjenige Standort gewählt werden, der die besten Aussichten auf eine positive wirtschaftliche Bilanz hat.

- Ziel des Landes sollte es daher sein, den Standort Cochstedt entsprechend dem Landesentwicklungsplan als Gewerbe- und Industriegebiet mit Landebahn zu vermarkten (privater Investor und Betreiber).

- Der Business Airport Magdeburg ist dagegen als Verkehrsstandort zur Erschließung der Landeshauptstadt und der Wirtschaftsregion im Umfang des rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses zu entwickeln.

- Nur mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur lässt sich die Region zu einem wichtigen Verkehrs-, Logistik- und Distributions-

kreuz im Norden Sachsen-Anhalts ausbauen. **Deshalb fordert die CDU-Regionalkonferenz die Landesregierung auf:**

- Die bisher mit der Unterstützung des Landes und der Landeshauptstadt Magdeburg vorangetriebene positive Entwicklung darf nicht aufgrund der Fehlentwicklungen am Standort Cochstedt geopfert werden.

- Das Land sollte sich deshalb wie geplant mit einer Förderung von insgesamt (einschließlich Verlegung der B 71) 4,9 Mio. € über die beiden nächsten Jahre an den Investitionskosten beteiligen. Sollte in Magdeburg nicht investiert werden hat der Standort nach 2005 keine Chance mehr, wenn die Erhöhung der Sicherheitsanforderungen in kraft tritt.

- Mit der geplanten Verlegung der B 71 wird zugleich eine bessere Anbindung der Gewerbestandorte im Südosten Magdeburgs erreicht. Nötig ist das eindeutige Bekenntnis

zu der kostengünstigen und dynamischen Entwicklung des Business Airport Magdeburg. Er liegt direkt am Aufkommensschwerpunkt und gewährleistet damit am ehesten ein betriebswirtschaftlich ausgeglichenes Ergebnis.

- Die Entfernung von ca. 35 km vom Standort Cochstedt zur Innenstadt Magdeburgs mag für Außenstehende zumutbar erscheinen; sie wird von der wichtigen Zielgruppe der Geschäftsreisenden jedoch nicht akzeptiert. Selbst große Verkehrsflughäfen liegen durchweg näher am Aufkommensschwerpunkt als 35 km.

- Auch die bisher mit dem Ziel der weiteren Entwicklung getätigten Investitionen in Magdeburg (ca. 20,5 Mio. €) dürfen nicht verschleudert werden. Ein "Nein" zum Ausbau von Magdeburg zum jetzigen Zeitpunkt führt aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen zu einer Investruine im Großraum Magdeburg.

Gerhard Häusler neuer Ortsvorsit- zender im "Neustädter Feld"

Zum 1. Januar 2003 fand im Ortsverband "Am Neustädter Feld" ein langfristig vorbereiteter Wechsel des Ortsverbandsvorsitzenden statt. Unser bisheriger langfristiger Ortsverbandsvorsitzender Horst Partscht wurde am 1. Januar von Gerhard Häusler in seiner Funktion abgelöst.

Dieser Wechsel wurde schon auf der Ortsverbandsvorstandswahl im Januar 2001 im Ortsverband durch Wahl beschlossen.

Für seine bisherige geleistete Arbeit, vor allem mit den Umsiedlern und Institutionen in unserem Ortsverband möchten wir ihm nochmals herzlich danken.

Herr Partscht hat sich nicht von der Öffentlichkeitsarbeit zurückgezogen, sondern er will sich nun verstärkt der Arbeit als Kreisvorsitzender des OMV (Ostmitteldeutsche Vereinigung der CDU) widmen. Außerdem möchte er für sein Hobby Philatelie mehr Zeit aufbringen.

Nochmals herzlichen Dank für die bisher für uns geleistete Arbeit lieber Horst Partscht.

Gerhard Häusler

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg
Hegelstraße 23

Redaktion:

Wilfried Köhler

Layout/Satz:

Birgit Uebe, Medien-
und Fotografiedesign

Druck:

Harzdruckerei Wernigerode

Augenblick: Wir Frauen sind präsent!

Vorab möchte ich mich im Namen der Frauen Union Magdeburg und natürlich auch in meinem eigenen bei der ehemaligen Kreisvorsitzenden, Frau Eva-Maria Wybrands, für ihre hervorragende geleistete Arbeit bedanken.

Es ist auf keinen Fall alles selbstverständlich und gerade deshalb möchten wir ihr Lob und Respekt für die positive Arbeit zollen, verbunden mit der Bitte, uns auch weiterhin tatkräftig zur Seite zu stehen.

Am 3. Februar 2003 wurde ich in der Gesamtmitgliederversammlung der Magdeburger Frauen Union zur neuen Kreisvorsitzenden gewählt.

Nun möchte ich die Gelegenheit ergreifen und eine kurze Schilderung meiner Person und meiner persönlichen Vorstellung und Visionen geben.

Mein Name ist Sabine Wölfer, gebürtige Magdeburgerin, lebe und arbeite in meiner Heimatstadt. Im Jahre 1997 bin ich der CDU beigetreten, mit dem sportlichen Ehrgeiz, wichtige Entscheidung für Magdeburg mitzuprägen.

Die aktive Mitarbeit in der Frauen Union war für mich mehr als eine Selbstverständlichkeit, durch das Engagement innerhalb der FU wurde mir auch mein eigener politischer Weg klarer.

Das Weltbild von und über Frauen ist einem ständigen Wandel unterworfen. Selbst den hartgesottensten Männern ist inzwischen klar, dass es ohne das weibliche Geschlecht einfach nicht vorwärts geht. Ein Beispiel für die offene Wertschätzung von Anfang an war meine herzliche Aufnahme in meinem Ortsverband Schilfbreite/Hopfengarten/Reform/Insel, in dem ich seit rund 1 Jahr das Amt der Ortsverbandsvorsitzenden bekleide.

Alte überholte Tabus werden gebrochen, die Welt muss mit ihren Frauen rechnen!

Wir Frauen können Einfluss neh-

men und müssen immer wieder anfangen uns aus dem Schatten des Patriarchats zu lösen. Gerade wir jüngeren Frauen müssen von den Erfahrungen der Älteren lernen, sie anwenden und das endgültige Ziel, der vollkommenen Gleichstellung der Geschlechter, weiter verfolgen. Wir dürfen in unserer Arbeit, trotz aller Widrigkeiten, nicht verzagen und müssen uns immer wieder neue Ziele setzen. Zu dieser großen und verantwortungsvollen Aufgabe möchte ich meinen persönlichen Beitrag leisten.

Vom Typ Idealist, möchte ich mich für eine klare Sprache der CDU gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einsetzen. Dann würden auch alle unsere Meinungen und Positionen besser verstehen. Als Frau möchte ich Verantwortung übernehmen und tragen, dabei bewährtes fortführen und mit neuem verbinden. Denn der Stillstand ist, nicht

nur in der Politik, gefährlich!

Bei vielen Themen wird sich die Frauen Union konstruktiv einbringen - mit uns muss und kann man rechnen!

Eines unserer vordringlichen Ziele ist die Gewinnung von jungen Frauen für die Mitarbeit in unseren Reihen. Denn Frauen sind Zukunft. Wir sind offen für Gespräche, auch außerhalb der klassischen Parteiarbeit. Das persönliche Gespräch schafft Vertrauen und damit eine Basis für produktive Zusammenarbeit.

Ich habe die Aufgabe als Kreisvorsitzende der Frauen Union gerne angenommen, dabei werde ich mich nach besten Wissen und Gewissen bemühen, der Verantwortung des Amtes gerecht zu werden. Für Hinweise und konstruktive Kritik bin ich jederzeit offen.

Mit der Hoffnung auf erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit

Sabine Wölfer

dreifach genießen







direkt
besuchen sie uns

geschenkt
nutzen sie unsere gutscheine und verschenken sie diesen genuß

zu haus
mit unserem partyservice können sie ihr flair zu haus genießen

www.cafe-flair.de

café flair breiter weg 21 • md
tel. 0391-561 89 55

mo - do 8:30 bis 1:00 uhr • fr - sa 8:30 bis 2:00 uhr • so 10:00 bis 1:00 uhr

Vereinsbank war Plattform für politischen Dialog

Es gibt sicherlich eine große Anzahl von Empfängen, die alljährlich zu Beginn eines neu begonnenen Jahres angeboten werden. Ein beträchtlicher Teil der in der Öffentlichkeit stehenden Verantwortungsträger folgt dann auch dem Aufruf. Kennzeichnende Zustände sind das kurze Händeschütteln, Schulterklopfen und die Nachfrage nach der eigenen Befindlichkeit. Sobald der Angesprochene über die eigene Lebenssituation beginnt zu berichten, hat sich der Gesprächspartner wieder verflüchtigt. Eigentlich sind solche Erscheinungsbilder nicht begrüßenswert und erfüllen deswegen nur unzureichend das Anliegen eines Neujahrsempfanges.

Ganz anders verhält sich dagegen der Neujahrsempfang des CDU Kreisverbandes in Magdeburg. Am 13. Januar fand er statt, wie immer in den Räumlichkeiten der Vereins- und Westbank. Jeder, der die aufstrebende Treppe zu dem Veranstaltungsort bestreitet, kommt sich wie ein kleiner König vor. Jedem Besucher überkommt auf diesem Weg das Gefühl, begrüßenswert zu sein. Schnell findet man sich zwischen Gesprächspartnern wieder, denen das Aufsuchen des intensiven Gesprächs ein Anliegen ist. Man nimmt sich eben die Zeit. So erklärt es sich von selbst, dass 200 Gäste der Einladung zum Neujahrsempfang gefolgt sind. Das sind weitaus mehr als im zurückliegenden Jahr. Es war eine gute Stimmung, die den Neujahrsempfang begleitete. Viele neue Gesichter bereicherten zudem das Erscheinungsbild.

In seiner Begrüßung nahm der



CDU im Dialog mit den Bürgern - der Neujahrsempfang in den Räumen der Hypo-Vereinsbank diente wieder als ausgezeichnete Gelegenheit Netzwerke zu knüpfen.
Foto: Stephan Richter

Kreisvorsitzende Jürgen Scharf zunächst eine vielschichtige Bestandsaufnahme der geleisteten aber auch der bevorstehenden politischen Arbeit vor. Er betonte, wie wichtig es sei, vorhandene industrielle Netzwerke auszubauen und weiterzuentwickeln. So müssen vorhandene Kompetenzen effizienter genutzt werden. In erster Linie betrifft das die Forschungseinrichtungen wie Universität und Fachhochschule sowie die in Magdeburg ansässigen hochkarätigen Forschungsinstitute. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, dass das Ansehen Magdeburgs gestärkt wird, ohne jedoch die vorhandenen Schwächen zu übersehen. In diesem Zusammenhang behandelte Scharf die zwei Hauptproblemfelder, auf die sich die politische Arbeit der CDU und einer großen Anzahl von Interessengruppen zurzeit in der Landeshauptstadt konzentriert. Es sind der Flugplatz

und der Hafen der Landeshauptstadt. Er verwies auf die Notwendigkeit der ausstehenden Vorlage des Hafenkonzepes seitens der Stadt. Der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Webel bezog sich in seinem Grußwort auf die minderwertige Politik der Bundesregierung, die er als katastrophal bezeichnete. Immerhin werden 90 % der im Bundesgebiet stattfindenden Reformen durch die Bundespolitik maßgeblich bestimmt. Ohne ein entsprechendes wirtschaftliches Wachstum können auch keine hohen Steuereinnahmen erwartet werden. Deswegen muss es der Union gelingen, durch Einflussnahme im Bundesrat der verfehlten Bundespolitik entgegenzuwirken. Rot - Grün betreibt eine undurchsichtige Politik und verspielt damit die entscheidenden Chancen zur Umsetzung der für unser Land so notwendigen Reformen.

Stephan Richter

16. Januar: Mahnung und Gedenken

Anlässlich des 53. Jahrestages der Zerstörung Magdeburgs durch alliierte Bomberverbände veranstaltete die Landeshauptstadt Magdeburg die zentrale Gedenkveranstaltung auf dem Magdeburger Westfriedhof.

Anwesend waren neben zahlreichen offiziellen Vertretern des Landes, der Stadt und weiterer öffentlicher Einrichtungen auch wieder viele Magdeburger Bürgerinnen und Bürger. Bei seiner Ansprache betonte der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Herr Dr. Trümper, die Wichtigkeit der Erinnerung an die Ereignisse der Vergangenheit. Diese sollten stets Mahnung und Aufforderung zum humanen Handeln an die heutige Generation sein. Im Namen der CDU Kreisverbandes legte der CDU-Kreisvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Landestagsfraktion, Jürgen Scharf, einen Kranz nieder. Die CDU-Ratsfraktion war mit dem Fraktionsvorsitzenden, Reinhard Stern, an der Kranzniederlegung beteiligt.

Ebenfalls anwesend waren zahlreiche weitere Vertreter aus den Reihen der CDU-Landtagsfraktion und CDU-Ratsfraktion. Für die würdige Gestaltung der Veranstaltung sorgten Vertreter des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V., der Schützenverbände und Musiker des Theaters der Landeshauptstadt.

Sollen uns die Geschehnisse an diesem Wintertag 1945 in Magdeburg stets mahnen mit vollen Kräften gegen menschenverachtende Regime weltweit vorzugehen.

*Tobias Krull
CDU-Stadtrat*

TECHNIKAUSGÜNDEL



- ▶ Rundfunk ▶ Fernsehen ▶ Video
- ▶ Haus- und Küchentechnik
- ▶ Elektroinstallation ▶ Antennenanlagen
- ▶ PC und EDV

Bruno-Taut-Ring 3b, 39130 Magdeburg
Tel. 0391-7 22 43 05, Fax.0391-7 22 43 09

E-Mail: technikhaus-guendel@t-online.de, www.Technikhaus-guendel.de

CDU kündigt "verantwortungsvolle Politik" im Bundesrat an



Ministerpräsident Roland Koch nach seinem großartigen Wahlsieg. Die Hessen-CDU kann nun für fünf Jahre die Landespolitik allein bestimmen und den erfolgreichen Kurs in Wiesbaden fortsetzen.

Nach den "sensationellen Wahlsiegen" in Hessen und Niedersachsen hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel eine "verantwortungsvolle Politik" der Union im Bundesrat angekündigt: "Mit diesem Wahlergebnis haben uns die Wähler eine große Verantwortung" übertragen, sagte die Oppositionsführerin nach CDU-Gremiensitzungen. Zugleich machte sie deutlich, dass die Union mit diesem Votum "achtsam und sorgsam umgehen" werde. Denn es beinhalte den klaren Auftrag, sich verstärkt um die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu kümmern. Dies entlasse die Bundesregierung jedoch nicht aus der Pflicht, selbst Vorschläge zur politischen Gestaltung zu erarbeiten.

Der Kanzler müsse endlich ein "Gesamtkonzept" vorlegen, das in den Regierungsparteien SPD und Grüne mehrheitsfähig sei. Weiter sagte die CDU-Vorsitzende, es sei ein "sehr wichtiges Signal", dass es Bundeskanzler Schröder nicht ein zweites Mal gelungen sei, eine Wahl mit der Frage "Krieg oder Frieden" zu entscheiden.

"Ich bin mir sicher, dass dies im Ausland aufmerksam registriert wird". Die Union werde in den nächsten Wochen deutlich machen, dass Deutschland "keine Sonderwege gehen darf".

Denn eine der zentralen Lehren aus der deutschen Geschichte laute: "keine Alleingänge". Stattdessen müssten gemeinsame Positionen mit den europäischen Verbündeten und insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika gefunden werden.

Den Ausgang der Landtagswahlen wertete die CDU-Vorsitzende als einen "historischen Tag für die Union insgesamt". Schließlich seien Hessen und Niedersachsen "alles andere als Stammländer der CDU".

Damit habe die Christlich Demokratische Union bewiesen, dass sie im "Norden und im Süden siegen" könne. "Sie wird 2004 zeigen, dass sie auch im Osten siegen kann", bekräftigte Angela Merkel.

Außerdem setzte der Bundesvorstand eine "Zukunftskommission

für die sozialen Sicherungssysteme" unter der Leitung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog ein. Ihr gehören neben Unionspolitikern Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Juristen an.

Ministerpräsident Roland Koch bezeichnete das Ergebnis der Landtagswahl als einen "überwältigenden Vertrauensbeweis" der hessischen Wähler.

Die von ihm geführte Landesregierung werde sich jetzt umgehend daran machen, "die nächsten fünf Jahre so anzugehen, wie wir es den Wählern versprochen haben". Ungeachtet seiner absoluten Mehrheit erneuerte Roland Koch sein Koalitionsan-

könnten", betonte der Ministerpräsident. Sollte die FDP angesichts der Mehrheitsverhältnisse zu einer anderen Auffassung kommen, werde er dies respektieren.

Seinen Wahlsieg führte der niedersächsische CDU-Spitzenkandidaten Christian Wulff auf die "überragende Bedeutung der Themen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern und Abgaben" zurück.

Zum einen seien sich die Menschen bewusst wie nie zuvor, dass sie finanzielle Spielräume benötigten, um Zukunftsvorsorge betreiben zu können. Zum anderen sei offensichtlich, dass



Frisch gewählter Ministerpräsident in Niedersachsen: Christian Wulff. Er will sein Land in die Spitzengruppe der Bundesländer führen und bei der Modernisierung Deutschlands aktiv mitwirken.

gebote an die hessische FDP. "Es wäre für das Land nicht schlecht, wenn wir unsere gemeinsame Arbeit fortsetzen

Rot-Grün über kein Konzept verfüge, um der Strukturkrise Herr zu werden. Hinzu komme ein massives Glaubwürdigkeitsproblem.

Christian Wulff sprach in diesem Zusammenhang von einem "Paradigmenwechsel" und nannte als erstes Beispiel für das Bedürfnis der Menschen nach Kompetenz den Wahlsieg von Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt.

Der niedersächsische CDU-Vorsitzende kündigte an, sein oberstes Ziel sei es, Niedersachsen an andere erfolgreiche Bundesländer heranzuführen und einen Beitrag zu leisten, um Deutschland "innovativ und konstruktiv" zu modernisieren.

Spanien-Immobilien

Dirk Brüggency

Alles aus einer Hand:

- Beratung
- Verkauf vor Ort
- Finanzierung
- Vermietung
- Kapitalanlage



Büro: Maxim-Gorki-Straße 42, 39108 Magdeburg
Telefon/Fax: 0391- 731 82 06

Camillo vor dem Aus ?!

Durch ein persönliches Gespräch mit den jugendlichen Nutzern der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Camillo wurde ich über einen Sachverhalt informiert, den ich, sollte er sich als wahr erweisen, mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehen kann. Die Gruppe von Jugendlichen, die weder links noch rechts orientiert sind, sondern so genannte Stinos, wurde bisher von 3 pädagogischen Fachkräften betreut. Bereits 2002 wurde eine Betreuerin abgezogen, im April diesen Jahres ist der Weggang einer weiteren Mitarbeiterin angedacht. Nach Informationen, die die Jugendlichen von Seiten des Jugendamtes erhalten haben sollen, ist der Abschied der letzten Betreuungskraft zum Jahresende 2003 vorgesehen. Damit steht die Einrichtung Camillo ohne Betreuungspersonal da. Soll der Club geschlossen werden oder ist der Weiterbetrieb als Selbstverwalteter Jugendclub angedacht? Fragen die einer dringenden Beantwortung durch die Verantwortlichen bedürfen. Der Einzugsbereich des Camillo umfasst das Gebiet Scharnhorsting - Olvenstedter Chaussee - Bouqout Grasweg - Holzweg - Olvenstedter Grasweg. Es werden also auch Kinder und

Jugendliche aus dem Neustädter Feld/ Nordwest von der möglichen Schließung betroffen sein. Die Einrichtung dient nicht nur als einfacher Treffpunkt, sondern bietet vielfältigste Betätigungsfelder für die Besucherinnen und Besucher. Beispielhaft seien nur die Kreativzirkel, das Angebot an Computerkursen oder die zahlreichen Möglichkeiten zum sportlichen Zeitvertreib erwähnt. Nur eine Betreuung durch entsprechendes Fachpersonal sichert die Qualität des Angebots und bietet den jungen Besuchern die Möglichkeit ihre Probleme und Sorgen mit unvoreingenommenen Erwachsenen zu besprechen. So wichtig die Betreuung von Jugendlichen in sozialen Problemlagen auch sein mag. Dies darf nicht auf Kosten der normalen Jugendlichen und deren fachgerechter Begleitung passieren. Über die sozialen Fehlentwicklungen auf Grund fehlender Perspektiven, und die damit vielfach höheren Folgekosten, möchte ich im Moment gar nicht nachdenken. Das Problem muss im Sinne der Jugendlichen, und aller Bewohner des Neustädter Feldes, einer schnellstmöglichen Lösung zugeführt werden.

Gerhard Häusler



Bei einem Besuch in der Polizeidirektion Magdeburg verschafften sich unserer Abgeordneten einen Überblick über die Arbeit der Beamten, die rund um die Uhr als Ansprechpartner vor Ort sind. Im Bild Landtagsabgeordnete Eva-Maria Wybrands im Gespräch mit Magdeburger Polizisten. Foto: Stephan Richter

Bürgerdenkmal fast finanziert

Das geplante Bürgerdenkmal zu Ehren der Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 wird nach derzeitiger Einschätzung am 3. Oktober im Rahmen der Bundesfeier der Öffentlichkeit übergeben werden können. Die Finanzierung ist nach einem mehrjährigen Kraftakt des "Kuratoriums Magdeburger Bürgerdenkmal e.V." fast vollständig gesichert.

Wie der Vereinsvorsitzende Rudolf Evers erklärte, sind von den erwarteten Kosten in Höhe von 101.000 Euro derzeit etwa 99.000 Euro an Spenden und Mitgliedsbeiträgen eingegangen.

Die restlichen Mittel sollen durch die Fortsetzung der Aktion "Bürgersteine" aufgebracht werden. Hier können Bürger und Institutionen Steine käuflich erwerben, die als edle Pflasterung um das Denkmal in der Nähe des Domes gelegt werden sollen. In den Stein ist der Name des Spenders eingraviert.

Wer sich oder seinen Lieben mit einem solchen Bürgerstein eine bleibende Erinnerung setzen möchte, kann dies in den nächsten Wochen noch tun. Jeder Stein kostet symbolische 89 Euro, wovon der größte Teil als Spende für das Denkmal fließt. Die Stadt stellt ihrerseits die Rohlinge zur Verfügung, da der kurze Weg zwischen Dom und Breitem Weg ohnehin neu gestaltet werden soll. wik



Gutti's Partyservice



- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten

frisch & lecker

Wir vermitteln Partyräume (25/50/60 Personen)
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)

☎ MD 7 22 13 26

Bestellannahme: Di-Fr 10:00-18:00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg

Keine Schulentwicklungsplanung vom Grünen Tisch

Auf der letzten Sitzung des CDU-Ortsverbandes "Am Neustädter Feld" wurde unter anderem der neue Schulentwicklungsplan intensiv diskutiert. Dabei stellte sich folgende Frage: Versucht die Stadtverwaltung das Wohngebiet Neustädter Feld auf das Abstellgleis zu schieben? Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man die neusten Planungen zur Schulentwicklung in Magdeburg betrachtet.

Die Wohnungsbaugesellschaft

(WOBAU), eine 100% Tochter der Stadt, arbeitet konsequent an der Fortentwicklung und Wiederbelebung des Neustädter Feldes. Beispielhaft sei hier nur der Umbau von ehemaligen Plattenbauten zu attraktiven Einfamilienhäusern erwähnt.

Weitere Finanzmittel des Bundes, des Landes und der Europäischen Union fließen in den Stadtteil. All dieses mit dem Ziel das Neustädter Feld als attraktives Wohngebiet zu eta-

blieren. Der CDU-Ortsverband und seine Mitglieder haben sich stets in diesem Sinne aktiv vor Ort engagiert.

Diese Bemühungen werden durch die beabsichtigte Schließung der Sekundarschule Ernst Reuter kontrahiert. Neben der reinen Wohnraumsituation gehört auch die vorhandene Schullandschaft zu den wichtigsten Entscheidungskriterien für die Wohnortwahl bei jungen Familien. Gerade diese sol-

len in Magdeburg wieder verstärkt eine Heimstadt finden.

Daher fordert der CDU-Ortsverband die Stadtverwaltung, namentlich den Oberbürgermeister Dr. Trümper, ausdrücklich und eingehend um eine erneute Prüfung des Schulstandortes der Sekundarschule "Ernst Reuter". Die Stadt sollte sich selbst nicht die Chance nehmen, die die weitere positive Entwicklung des Neustädter Feldes bieten würde.

Gerhard Häusler

CDU-Landtagsfraktion schreibt den Kindertagesstätten in Sachsen-Anhalt:

Sehr geehrte Erzieherinnen und Erzieher, liebe Eltern, liebe Kinder,

die letzten Wochen waren gekennzeichnet von großer Verunsicherung über die Inhalte der Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes. Dies ist angesichts der Art und Weise, wie die öffentliche Debatte teilweise hierzu geführt wurde, nicht verwunderlich. Immer wieder war von der Abschaffung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz manchmal sogar auf einen Kindertagesstättenplatz die Rede. Dies ist nicht der Fall und war auch nie geplant. Diese Phase der Ungewissheit ist jetzt abgeschlossen.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 07. Februar 2003 die Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes in ein Kinderförderungsgesetz beschlossen. Das Gesetz setzt den - nach langen und zähen Verhandlungen - zwischen CDU, FDP und SPD erarbeiteten Kompromiss zur künftigen Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt um. **Das sogenannte KiFöG (Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen) sieht für alle Krippen- und Kindergartenkinder einen Rechtsanspruch auf eine mindestens fünfstündige tägliche Betreuung in einer Kindertagesstätte vor. Gehen beide Elternteile arbeiten, befinden**

sich in einer Ausbildung oder Umschulung, so bleibt eine Ganztagsbetreuung von zehn Stunden je Betreuungstag bzw. 50 Wochenstunden garantiert. Auch geringfügige Beschäftigung zählt als Berufstätigkeit. Gerade bei Alleinerziehenden taucht diese Frage zum Rechtsanspruch oft auf. Unser Land behält damit den weitgehendsten Rechtsanspruch im Vergleich zu allen anderen Bundesländern.

Das Gesetz stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt. Wer Arbeit hat, weiß in Sachsen-Anhalt auch künftig sein Kind jeden Alters gut aufgehoben, betreut und gefördert in einer Kindertagesstätte. Die künftige Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt wird darüber hinaus einem Familienbild gerecht, das die Hauptverantwortung für die Erziehung von Kindern in der Familie selbst sieht. Das heißt, wer die Möglichkeit hat, sein Kind zu Hause zu betreuen, soll dies zum überwiegenden Teil auch tun. Es heißt jedoch nicht, dass die Kinder nicht erwerbstätiger Eltern künftig von den **Bildungs- und Förderangeboten der Kindertageseinrichtungen** ausgeschlossen sein werden. Garantiert wird dies durch den Rechtsanspruch auf eine mindestens fünfstündige Tagesbetreuung für alle Kinder bis zum Schuleintritt. Schon heute gibt es unterschiedliche Betreuungsverträge, in denen unabhängig vom zehnstündigen

Rechtsanspruch bedarfsorientierte Betreuungszeiten von 6, 8 und 10 Stunden mit den Eltern vereinbart worden sind. Das neue Gesetz schließt längere Betreuungszeiten nicht aus, es gibt den Rechtsanspruch und wer mehr Stunden möchte, kann diese zusätzlich erwerben.

Die notwendigen Änderungen bei der Kinderbetreuung sind einer Haushaltssituation geschuldet, die ohne eine nachhaltige Finanzpolitik Sachsen-Anhalt zukunftsunfähig machen würde. Die Kassen im Land sind - nach acht Jahren Rot-Rot - leer. Das Ziel unserer sparsamen Haushaltspolitik, die Neuverschuldung in diesem Jahr zu halbieren, ist mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2003 unter Anspannung aller Kräfte erreicht. Bis zum Jahr 2006 wollen wir diese Verschuldung auf

Null senken. Vom Sparen in Sachsen-Anhalt wird, im Sinne einer gerechten Leistungsverteilung und mit der Zukunft unseres Landes im Blick, niemand ausgenommen.

Das neue Kinderförderungsgesetz wird den Kommunen, Freien Trägern und Elternkuratorien ein außerordentlich hohes Maß an Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Die Eigeninitiative wird gestärkt. Erstmals werden Bildungsstandards formuliert. Es werden Standards flexibler und an die Bedürfnisse vor Ort angepasst. Dazu zählt, dass künftig bestimmte festgeschriebene Raumflächen entfallen. Vielmehr ist es den Entscheidungsträgern vor Ort überlassen, die Räumlichkeiten "ausreichend kindgerecht zu bemessen". *Fortsetzung Seite 11*



In der Kindertagesstätte "Frankfelde" ist es schon seit Jahren Tradition im Frühling ein Kinderfest zu veranstalten. Die Aufnahmen entstanden im Mai 2002. *Fotos: B. Uebe*

Fortsetzung: CDU-Landtagsfraktion schreibt den Kindertagesstätten



Auch beim **Mindestschlüssel für das Fachpersonal** sollen künftig der Träger der Einrichtung, das Elternkuratorium und der örtliche Träger der Jugendhilfe gemeinsam über Abweichungen vom bestehenden Personalschlüssel entscheiden können. Die Personalschlüssel betragen im Krippenbereich: eine pädagogische Fachkraft für 6 Kinder, im Kindergarten: eine pädagogische Fachkraft für 13 Kinder, im Hort: eine pädagogische Fachkraft für 25 Kinder. Bemessungsgrundlage ist dabei für Krippe und Kindergarten eine neunstündige Betreuungszeit.

Ebenso sollen **Betreuungs- und Gesamtöffnungsdauer der Kindertageseinrichtung** vor Ort festgelegt und an die Erfordernisse angepasst werden können. Alle genannten Änderungen, bei den Raumflächen ebenso wie beim

Mindestpersonalschlüssel sowie der Öffnungs- und Betreuungsdauer, sollen den jeweiligen Verantwortlichen für die Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt mehr Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand geben.

Auch die sog. **"Leiterstunden"** bleiben erhalten. Die Regelung der Leitungsfunktion wird wieder eingefügt. Die Leiterqualifikation wird präzisiert. Den Umfang der zeitlichen Freistellung regelt der Einrichtungsträger entsprechend den Bedürfnissen vor Ort.

Die wesentlichen Inhalte der Tagespflege, die Qualifikation der Tagespflegeperson sowie die räumlichen Voraussetzungen der Tagespflegestellen werden im Gesetz geregelt. Eine Tagespflegeperson darf nicht mehr als 5 Kinder betreuen.

In Kinderkrippen können geeignete Hilfskräfte, insbesondere Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger oder Sozialassistentinnen und Sozialassistenten im Verhältnis von einer Hilfskraft zu zwei pädagogischen Fachkräften eingesetzt werden. Dabei geht es nicht darum, Erzieherinnen und Erzieher ihre Arbeitsgrundlage zu entziehen, es soll den Trägern ermöglicht werden, auf Erweiterungen im Krippenbereich kurzfristig und kostengünstig zu reagieren.

Die **Landeszuschüsse** werden in Höhe von 25 % zum 1. Januar des laufenden Haushaltsjahres als Abschlagszahlung geleistet. Der Restbetrag wird jeweils zum 31. März des Kalenderjahres fällig. Die Zuschüsse der örtlichen Träger der Jugendhilfe werden in Höhe von 25 % zum 1. Februar des laufenden Haushaltsjahres als Abschlagszahlung geleistet. Der Restbetrag wird jeweils zum 30. April des Kalenderjahres fällig. Damit wird die Finanzierung der Träger gesichert, ohne dass diese in Vorleistung treten müssen.

Das neue Kinderförderungsgesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Wie bereits von Anfang an angekündigt wird für einen bestimmten Übergangszeitraum den Kommunen zur Sicherung der Umsetzung ein "Erschwerenausgleich" in Höhe von 15 Millionen Euro gezahlt. Rund 5 Millionen Euro der gesamten Einsparsumme stehen noch in diesem Jahr zum Abbau des Investitionsstaus im Bereich der Kindertagesstätten Sachsen-Anhalts zur Verfügung.

Ich möchte es noch einmal betonen: die Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt wird auch nach der Novellierung des Gesetzes die qualitativ beste in Deutschland sein. Wer daran zweifelt, dem sei ein Blick über "den Tellerrand" in andere neue Bundesländer emp-

fohlen: einen Rechtsanspruch für alle Kinder auf eine täglich mindestens fünfstündige Betreuung haben weder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin noch Sachsen oder Thüringen. Sachsen-Anhalt hat diesen Anspruch. Er ist durch eine breite parlamentarische Mehrheit nachhaltig gesichert.

Das neue Kinderförderungsgesetz bietet Freiräume, die Kommunen, freien Trägern und Elternkuratorien gemeinsam ein außerordentlich hohes Maß an Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Bitte nutzen Sie diese.

Dadurch, dass das Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen von einer breiten Mehrheit des Landtages getragen wird, haben wir eine feste Grundlage für eine zukunftsfähige Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt geschaffen, die allen Beteiligten Planungssicherheit bietet.

Abschließend darf ich Sie, sehr geehrte Erzieherinnen und Erzieher bitten, dieses Schreiben auch den Eltern der von Ihnen betreuten Kinder zur Kenntnis zu geben. Dafür herzlichen Dank!

*Markus Kurze
Jugendpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion*

CDU-Bürgerbüro in Olvenstedt



Der Landtagsabgeordnete Gerhard Ruden eröffnete ein CDU-Bürgerbüro im Bruno-Beye-Ring 3. Das Büro ist mittwochs von 14.00 bis 17.00 Uhr durch Herrn Ruden sowie seine Mitarbeiterin, Doris Memmler, besetzt und

während dieser Zeit unter der Telefon-Nr. 03 91-990 80 04 zu erreichen.

Ziel ist es, möglichst bürgernah Kontakte herzustellen, aber auch kleine Galerien oder Vortragsveranstaltungen zu präsentieren. Zur Zeit können Sie die Fotoausstellung "Hinterlassene Spuren" des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. sehen.

Auf der gleichzeitig freigeschalteten Internetseite www.gerhardruden.de erhalten Sie Informationen über seine Person sowie zu ausgewählte Themen.



Am 15.1.2003 eröffnete Landtagsabgeordneter Gerhard Ruden im Kreise vieler interessierter Bürger die neue Anlaufstelle in Olvenstedt. Foto: B. Uebe

Bitte vormerken:**Wandertag
mit dem Schiff**

Liebe Mitglieder und Freunde der Union in Magdeburg, Sie wissen alle, dass der Kreisverband der CDU in jedem Jahr zur Sommerzeit eine schöne Wanderung in die grüne Umgebung unserer Heimatstadt durchführt. Und diese Tradition möchten wir auch in diesem Jahr beibehalten. Aber - es geht dieses Mal nicht auf Schusters Rappen, nein wir vertrauen uns der Weißen Flotte an und wollen den Neubau des Wasserstraßenkreuzes besichtigen.

Es geht los am **27. Mai 2003, Abfahrt 19.00 Uhr ab Anlegestelle Petriförder**. Ein sachkundiger Wasserwirtschaftler wird uns alles Wissenswerte erklären und natürlich auch auf Ihre Fragen eine Antwort wissen. Da frische Luft hungrig und durstig macht, können sie sich auch Würstchen, Gulaschsuppe und verschiedene Getränke auf dem Schiff kaufen. Den Dampfer heuert der Kreisverband für Sie an. Leider gibt es einen kleinen Haken dabei. Auf das Schiff passen maximal 100 Personen und deshalb sollten sich Interessenten möglichst bald in der Kreisgeschäftsstelle melden.

Gisela Luding

Die Kugel ist gerollt!

Am 18.12. letzten Jahres fand das bereits zur Tradition gewordene Bowlingturnier der Jungen Union Magdeburg statt. Diesmal mit am Start, Vertreter des JU-Kreisverbandes Ohrekreis. Bei allen Teilnehmern stand der olympische Gedanke "Dabei sein ist alles" im Vordergrund.

Nach spannenden Runden konnte Tobias Krull bei den Magdeburgern das Spiel knapp für sich entscheiden. Innerhalb des Teams der Jungen Union Ohrekreis errang Derek Barker den Siegerpokal. In einem waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sicher, eine Wiederholung wird es auf jeden Fall geben. *Tino Sorge*

CDU im Internet gut präsent

Unter der Internetadresse www.cdu-magdeburg.de findet der Besucher interessante Informationen zur Ratsfraktion, zum Kreisverband, den Abgeordneten und auch archivierte Ausgaben des Elbkurier im pdf-Format.

Eine positive Bilanz konnte bei der Auswertung der Nutzungsstatistik für das gemeinsame Internetangebot des CDU-Kreisverbandes und der CDU-Ratsfraktion gezogen werden.

Die Nutzerzahlen sind auch im vergangenen Jahr wieder angestiegen, ein Prozess, der seit der Freischaltung der Homepage im Jahre 1999 so beobachtet werden kann.

Erfreulich ist die gute Verlinkung der Seiten innerhalb der CDU-Auftritte im Internet. So gelangt ein nicht unerheblicher Teil von Nutzern

durch Verweise auf den Seiten der Bundes-CDU auf das Magdeburger Internetangebot.

Wahre Renner waren die Informationen bezüglich der Kandidaten zu den Landtags- und Bundestagswahlen. Erstmals wurde auch der weltweite Zugriff auf die Seiten näher untersucht. Nach der Auswertung kann man wirklich von einer globalen Nutzung des Angebots reden. So reichte das Herkunftsgebiet der Nutzer von Nordamerika, über fast ganz Europa inklusive Israel bis nach Japan. Besonders erfreulich,

gerade viele Länder des ehemaligen Ostblocks sind vertreten.

Als sehr vorteilhaft hat sich auch die technische Stabilität des Servers, der durch die Kommunale Informationsdienste GmbH (KID) betreut wird, herausgestellt. Die KID war maßgeblich an der Erstellung der ersten Homepageversion beteiligt. Inzwischen werden alle notwendigen Pflegearbeiten durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreis- sowie Fraktionsgeschäftsstelle erledigt.

Auf besonderes Interesse stießen auch Berichte einzelner Mitglieder des CDU-Kreisvorstandes.

Doch auf dem erreichten kann man sich nicht ausruhen. Aus diesem Grund wird zur Zeit das Internetangebot komplett überarbeitet. Im Rahmen dieser Maßnahme wird es auch zur Einrichtung eines internen Informationsverzeichnis kommen, das passwortgeschützt verschiedenen Nutzergruppen innerhalb der CDU zur Verfügung stehen wird. Anfragen hierzu sind an den Internetbeauftragten Herrn Gurcke (Tel. 03 91- 540 28 70) zu richten. An dieser Stelle möchte ich herzlichst alle Leserinnen und Leser zur noch stärkeren Nutzung des Internetangebots der CDU Magdeburg auffordern.

*Tobias Krull
Fraktionsassistent*



*Herzliche
Glückwünsche*

Januar

Gerhard Wiederhold zum 87. Geburtstag

Rosemarie Binder zum 73. Geburtstag

Johanna Orling zum 69. Geburtstag

Horst Oeltze zum 69. Geburtstag

Karl Mawrin zum 66. Geburtstag

Februar

Lisa Bader zum 79. Geburtstag

Gerhard Nordt zum 74. Geburtstag

Hans-Joachim Raabe zum 69. Geburtstag

Lothar Thein zum 69. Geburtstag

Benita Behrends zum 68. Geburtstag

Rosina Schoof zum 67. Geburtstag

Gudrun Habenicht zum 66. Geburtstag

Karl-Heinz Güssau zum 66. Geburtstag

März

Wolfgang Klapper zum 79. Geburtstag

Helga Jahnke zum 72. Geburtstag

Josef Schwenke zum 72. Geburtstag

Helga Beletth zum 71. Geburtstag

Jürgen Bethge zum 66. Geburtstag

Ulrich Germer zum 66. Geburtstag

Lothar Henze zum 65. Geburtstag

Schüler für Politik und Ehrenamt begeistern



Auf den Internetseiten der Schüler Union (www.su-net.de) findet man aktuelle, interessante Themen.

Die jährliche bundesweite Tagung der Schüler Union Deutschlands, der Bundesschülertag, fand in diesem Jahr vom 22. bis 23. Februar im Maritim-Hotel Magdeburg statt. Zentral waren auf der zweitägigen Veranstaltung der 140 Delegierten und zahlreichen Gäste die Vorstandswahlen, die nach heißen Personaldebatten eine Wiederwahl des Vorsitzenden Mark Blue mit einem neuen Team ergaben. Die Schüler Union (SU) ist als Arbeitskreis der Jungen Union tätig und hat deutschlandweit 15.000 Mitglieder. Inhaltlich steht Bildungspolitik ganz vorn. Die Gastredner, Kultusminister Olbertz

und die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Feußner, bestätigten diese Schwerpunktsetzung.

Die Beibehaltung des gegliederten Schulsystems, die Stärkung der Hauptschulen und deutschlandweite Bildungsstandards über gemeinsames Abitur wurden in Anträgen beschlossen, aber auch Themen wie Wehrpflicht und Schülerzeitungsservice wurden bearbeitet.

Der größte Schülerverbands Europas wollte mit der Wahl des Tagungsortes Magdeburg auch ein Signal für die Schüler in Sachsen-Anhalt setzen, dass man die Bemühungen um neue Kreisverbände im Osten ernst nimmt und fördern will.

Seit 2002 gibt es überhaupt erst einen Landesverband Sachsen-Anhalt mit Kreisverbänden im Burgenlandkreis und in Köthen.

Dass nicht nur Arbeit auf die Schüler wartete, sondern auch das



Früh übt sich... In Deutschland haben sich 15.000 junge Menschen zur Schülerunion zusammen geschlossen. Ihre Bundestagung hielten sie Ende Februar in Magdeburg ab.
Foto: Birgit Uebe

samstagabendliche Nachtleben der Landeshauptstadt auf dem Programm stand, zeigte, dass die Bundesdelegierten auch "nur Schüler" waren, die aber außer Spaß auch ehrenamtliches Engagement interessiert.

Unserer Stadt und der Union in Magdeburg wäre eine solch frische, aktive Truppe nur zu wün-

schen, denn außer den sinnvollen Vorschlägen die die Arbeit mit sich bringt, hätten auch schon Schüler die Gelegenheit mit zu gestalten und an Demokratie zu partizipieren.

Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.su-net.de.

Christian Köhler,
Vorsitzender RCDS Magdeburg

harzdruckerei
wernigerode

BEIENDRUCKEN

max-planck-straße 12/14
38855 wernigerode
fon 0 39 43/54 24 - 0
fax 0 39 43/54 24 - 99
mail info@harzdruck.de
net www.harzdruck.de

Tacke & Köppe
T&K GbR

Ladenbau & Tischlerei

- Möbel und Einbauschränke
- Bäckerei- und Konditoreieinrichtungen
- Fleischerei-, Imbiss- und Gastronomieeinrichtungen

Am Stadtweg 13
39167 Hohendodeleben
Tel. 03 92 04 - 6 15 40
Fax 03 92 04 - 8 23 12

www.ihr-tischler-gbr.de E-Mail: tacke-koeppe@gmx.de

RCDS-Podiumsdiskussion mit Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer

Auf Einladung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Hochschulgruppe Magdeburg diskutierte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer am 29.01.2003 an der Otto-von-Guericke Universität mit Studierenden über Chancen und Zukunftsperspektiven von Hochschulabsolventen.

Die vom RCDS organisierte Podiumsdiskussion stand unter dem Thema "Innovation und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Mitteldeutschen Wirtschaftsraum - Chancen und Perspektiven".

Neben Böhmer nahmen weitere kompetente Referenten wie Frau Prof. Dr. Birgitta Wolff, Lehrstuhlinhaberin für Betriebswirtschaft und

Internationales Management an der Otto-von-Guericke Universität sowie Herr Dirk Pollak, Geschäftsführer von SKET MAB Maschinen- und Anlagenbau Magdeburg GmbH, teil. Die Veranstaltung, zu der mehr als 150 interessierte Zuhörer erschienen waren, wurde durch ein 30minütiges Impulsreferat durch Ministerpräsident Prof. Böhmer eingeleitet, in welchem er auf die besondere Bedeutung eines Mitteldeutschen Wirtschaftsraumes einging.

Dabei stellte er anschaulich dar, dass die neuen Bundesländer ihre innovativen Kräfte im Zeitalter einer immer stärker globalisierten Welt dergestalt besser entfalten und ver-

markten können. Dabei fielen neben dem Stichwort einer verbesserten Koordinierung bei der Ansiedlung von Unternehmen auch die Möglichkeiten einer effizienteren Verwaltung durch Abbau überflüssiger Behördenstrukturen.

Für großes Interesse sorgten auch die von Herrn Pollak, Geschäftsführer von SKET MAB in Richtung der Politik vorgetragenen Verbesserungsanregungen gerade im Bereich der Unterstützung und Förderung mittelständischer Unternehmen. Ministerpräsident Böhmer erinnerte im Zusammenhang mit Forderungen aus der Wirtschaft immer wieder daran, dass nicht mehr verteilt werden könne, als Mit-

tel im Landeshaushalt zur Verfügung stünden. Dass die Landesregierung auf dem richtigen Weg sei, bewiesen jedoch die Zahlen, so dass die Talsohle, insbesondere vor dem Hintergrund der desaströsen Bundespolitik, zwar noch nicht durchschritten sei, es in Sachsen-Anhalt aber Zeichen der Hoffnung und Besserung gäbe.

Abschließend bleibt anzumerken, dass es eine rundum gelungene Veranstaltung war, die mit Sicherheit nicht die letzte dieser Art des RCDS Sachsen-Anhalt gewesen ist.

Informationen zum RCDS: www.RCDS-LSA.de, www.RCDS.de

Tino Sorge

Ruden: "Stadtumbau Ost heißt Prioritätensetzung für Infrastruktur"

Bestandsaufnahme im Osten, 13 Jahre nach der Wiedervereinigung: Das Verkehrssystem ist zwar zu großen Teilen erneuert und ergänzt. Es fehlen aber noch die wichtigen Autobahnverbindungen am Südharz und durch die Altmark sowie zahlreiche Ortsumgehungen. Die Schifffahrt auf Elbe und Saale muss noch durch umfangreiche Baumaßnahmen ertüchtigt werden. Das Wasserstraßenkreuz Magdeburg verlangt selbstverständlich nach dem Ausbau von Elbe und Saale und nach einer verlässlichen Tauchtiefe für die Schifffahrt.

Die Luftanbindung von Magdeburg ist 10 Jahre durch rot-rote Mehrheiten auf der Stadt- und Landesebene sträflich verschlafen und hinausgezögert worden. Der Anschluss der Landeshauptstadt an das ICE-Netz ist unzureichend. Acht Jahre Infrastruktur-Politik der rot-roten Höppner-Regierung haben das Land Sachsen-Anhalt in erheblichem Maße daran gehindert, seine Ressourcen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft zu nutzen. Das Ergebnis ist eine nie dagewesene Abwanderung der Bevölkerung aufgrund von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. In Magdeburg stehen deswegen ca. 30.000 Wohnungen leer! Ein städtebaulicher und wirtschaftlicher Ballast für die Stadt und die Woh-

nungsunternehmen.

Aufgrund der Überlagerung von fehlendem Bevölkerungsaufwuchs und Abwanderung aus den Großstädten türmen sich gewaltige Stadtumbau-Probleme vor den Kommunen.

Nach den jahrelangen Aufbau-Milliarden für die Stadterneuerung



Bis Ende April soll der Abriss des Mariettablocks noch dauern, dann soll dort ein Geschäfts- und Bürogebäude entstehen. Foto: Birgit Uebe

benötigen die Städte nun weitere Milliarden für den Abriss ganzer Stadtviertel und die damit im Zusammenhang stehenden Umbaumaßnahmen der Straßen- und Versorgungssysteme. Sinnvoll wäre es, damit die städtebaulichen Sünden der DDR-Baupolitik auszugleichen. Doch woher soll das Geld kommen? 26,4 Millionen bekommt

das Land Sachsen-Anhalt jährlich für die Förderung von Abriss und noch einmal dasselbe Geld für die Förderung der Wohnfeldsanierung. Das bedeutet, dass der Stadt Magdeburg jährlich etwa 2,5 Mio € für den Abriß von Wohnungen zur Verfügung stehen. Bei einer vorgesehenen Maximal-Förderung von

60 €/qm und einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 55qm bedeutet dies, dass jährlich der Abriss von maximal 750 Wohneinheiten gefördert werden kann. Wenn aber die Stadt Magdeburg in einem überschaubaren Zeitraum von 10 Jahren ihren Stadtumbau abschließen will, bedeutet dies eine Mindestabbriss-Menge von 3000

Wohnungen pro Jahr und damit die Notwendigkeit der Vervierfachung der Fördersumme. Sowohl für den Abriss als auch für die Aufbereitung der Brachflächen.

Entsprechende Signale aus dem Bau- und Verkehrsministerium sind schon zu hören: Die Stadt Magdeburg sollte sich überlegen, was ihr wichtiger ist - der Bau eines überdimensionierten Fußballstadions oder der Stadtumbau!

Auf jeden Fall muss die Landeshauptstadt alles tun, um die wirtschaftliche Attraktivität zu steigern und dazu gehören vor allen Dingen Verkehrsanbindungen für die Wirtschaftszweige der Stadt. Ein verbesserter Straßenanschluss des Windkraftanlagenbauers ENERCON durch Umverlegung der B 71 im Süden der Stadt, besserer Wasserstraßenanschluss durch Ausbau der Elbstrecke am Domfelsen, bessere Luftverkehrsanbindung durch Verlängerung der Start- und Landebahn.

Alle weiteren Investitionen sollten darauf geprüft werden, wie sie die wirtschaftliche Prosperität der Stadt unterstützen und die Wohnqualität für die Bewohner der Stadt verbessern.

Der Ausbau von Ackerbauernhöfen und Literaturhäusern sollten sich unter diesem Aspekt von selbst verbieten.

Gerhard Ruden, MdL

Stern: "Rot-grün ist der Tod der Städte"

Als der Oberbürgermeister Ende vergangenen Jahres erste Erkenntnisse über den Haushalt des Jahres 2003 auf den Tisch legte, wurde allen klar, dass es diesmal um mindestens 40 Mio. € geht, die nicht mehr im Haushalt vorhanden sind. Fehlende Landeszuweisungen und fehlende Gewerbesteuereinnahmen haben zu einem enormen Haushaltsdefizit beigetragen. Grund ist eine völlig falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bund, die die Länder und Kommunen nun ausbaden müssen. Eine verfehlte Steuerreform, die es den Großkonzernen ermöglichte, Steuern nicht an die Kommunen zu zahlen und eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die dazu führte, dass immer mehr mittelständische Betriebe in Insolvenz gehen trägt maßgeblich dazu bei, dass die Situation so entstanden ist.

Die Kommunen gehören zu den größten Verlierern einer rot-grünen Politik, die mit immer mehr Bürokratie, ständig steigende Ausgaben und Steuern, Mut- und Ideenlosigkeit, immer mehr Arbeitslose produziert

Wir haben in der Stadt ca. 20 Mio. € weniger Gewerbesteuereinnahmen. Der Oberbürgermeister hat nun diesbezüglich ein sogenanntes Haushaltskonsolidierungskonzept mit zahlreichen Einsparvorschlägen vorgelegt.

Allerdings wird dabei sehr halbherzig vorgegangen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sowohl im konsumtiven als auch im investiven Bereich wieder gleichermaßen gespart wird. Das kann es aber nicht sein, wenn wir für die Zukunft endlich eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik erreichen wollen. Die Eigenbetriebe werden pauschaliert zu Einsparungen angehalten. Bloß wie kann es sein, dass in solchen wichtigen Unternehmen, wie den Magdeburger Verkehrsbetrieben, und der Wirtschaftsservice-GmbH genau der gleiche Prozentsatz eingespart werden soll, wie im Stadtgartenbetrieb und bei der Natur- und Elbauenpark GmbH?

Hier hat die CDU in der Vergangenheit ganz eindeutig gesagt, wir müssen endlich Prioritäten setzen und

die Betriebe und Einrichtungen fördern, die für Magdeburg wichtig für die wirtschaftliche Ansiedlung sind.

In der Dezembersitzung des Stadtrates hat der OB ein Gutachten von Herrn Professor Seitz und einen Benchmarking-Report der wichtigsten ostdeutschen Städte vorgelegt. Dabei kam ganz klar zum Ausdruck, dass in Magdeburg im Verhältnis zu anderen Städten wie Leipzig und Dresden mehr als dreimal so viel Beschäftigte im sozialen Bereich und mehr als doppelt so viele Beschäftigte im Kulturbereich tätig sind.

Was ist nun aber in diesen Bereichen zu schließen? Es gibt ein Kriterium, was bisher allerdings nur in der Sozial- und Wirtschaftspolitik angewandt wurde. Es ist das Subsidiaritätsprinzip. Die Stadt sollte das stützen, was sich nicht von allein am Markt halten kann, aber für die Versorgung der Magdeburger unerlässlich ist. Dazu gehören z. B. die Stadtbibliotheken, die den freien Zugang zu den Bildungsgütern erlaubt. Das gilt auch für solche Einrichtungen, wie die Theater. Wenn die Theater nicht zu

einer exklusiven Erfahrung der Reichen werden sollen, müssen sie subventioniert werden. Das heißt aber auch, dass wir nicht mehr vorhalten müssen, als in anderen Großstädten. Der OB setzt den Rotstift da an, wo u. a. Bürgerdienstleistungen gefragt sind. Bei den Bürgerbüros und bei dem Stadtordnungsdienst, Initiativen der CDU. Wir fragen, wird auch hier im Haushaltskonsolidierungskonzept Politik gemacht?

Die Politik der sozialdemokratischen Oberbürgermeister setzt die Prioritäten mehr im konsumtiven Bereich als im investiven.

Wir werden darum kämpfen, dass die Großprojekte, die für die Infrastruktur der Stadt und für die Ansiedlung der Wirtschaft von außerordentlicher Bedeutung sind nicht auf dem Altar einer verfehlten Stadtpolitik geopfert werden.

Wir brauchen Arbeit in Magdeburg, damit wir u. a. eine solide Sozial- und Kulturpolitik im Rahmen unseres Haushaltes machen können.

*Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender*

Bau des Müllheizkraftwerkes Rothensee hat begonnen

Für den Bau der Müllverbrennungsanlage in Magdeburg-Rothensee fiel im September 2002 mit dem Zuschlag für die Abfallbehandlung von jährlich 110.000 Tonnen der Landeshauptstadt Magdeburg, dem Ohre- und dem Bördekreis an die MHKW Rothensee GmbH eine wichtige Entscheidung.

Zusätzlich hat die Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH den Zuschlag für die Restabfallbeseitigung für die Landkreise Gifhorn, Peine und Wolfenbüttel über insgesamt 107.000 Tonnen pro Jahr erhalten. Auch der Landkreis Ascherleben/Staßfurt hat in seiner Sitzung vom 25.02.03 beschlossen, der MHKW Rothensee GmbH den Zuschlag über weitere 23.000 Tonnen pro Jahr zu erteilen.

Die Bau- und Betriebsgenehmigung für das Müllheizkraftwerk Rothensee wurde durch das Regierungspräsidium Magdeburg erteilt.

In der Zusammenarbeit von SWM und E.ON Kraftwerke GmbH zählen nicht nur die Erfahrungen des Partners E.ON für den Betrieb von Verbrennungsanlagen, sondern auch die maximale Entsorgungssicherheit bei Revisionen und Wartungen.

Aufgrund der Einbindung in den E.ON-Anlagenverbund gewährleistet das MHKW Rothensee 365 Tage im Jahr eine sichere Restabfallbehandlung.



Das künftige MHKW am Standort Magdeburg-Rothensee.

Ideale infrastrukturelle Standortbedingungen sichern geringste Transportkosten. „Die positiven Bedingungen garantieren dann geringste Abfallgebühren für die Bürger“, so Kolf Oesterhoff, Geschäftsführer der MHKW Rothensee GmbH. Mit dem Bau

der Anlage entstehen direkt und indirekt 170 Arbeitsplätze. Zukünftig versorgt die Müllverbrennung mehr als 44.000 Haushalte in der Landeshauptstadt mit Fernwärme. Der gleichzeitig erzeugte Strom wird in das Netz der Städtischen Werke eingespeist.

mhkw
ROTHENSEE

Müllheizkraftwerk
Rothensee GmbH

Postfach 36 28
39011 Magdeburg

Sitz:
Am Alten Theater 1
39104 Magdeburg
Telefon: (03 91) 5 87-25 34
Telefax: (03 91) 5 87-28 26

Deutschland in der Krise

Wie lange hält Spaß-Kanzler Schröder noch durch?

Wo Helmut Kohl einst als Fels in der Brandung galt, von den einen gefürchtet, von den meisten hochgeschätzt, da zeigt sich sein Nachfolger Schröder eher wie ein willenloses Treibgut im Meer des Zeitgeistes.

Eklatantes Beispiel ist der 11. September 2001 und Schröders Politik danach: Als die Stimmung der Deutschen in der Folge der beispiellosen Terroranschläge auf die USA stark proamerikanisch aufwallte und breite Hilfsbereitschaft aus den Umfragen zu erkennen war, verkündete Kanzler Schröder der Welt, Deutschland sei zur "uneingeschränkten Solidarität" mit den USA bereit.

Erinnerungen wurden wach an die untergegangene DDR, wo regelmäßig dem großen Bruder bedingungslose Vasallentreue geschworen wurde. Jedenfalls versprach Schröder den geschockten Amerikanern, ein treuer Partner und fleißiger Gehilfe bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu sein.

Folgerichtig übernahm Deutschland große Verantwortung bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau Afghanistans nach der gewaltsamen Vertreibung des Taliban-Regimes unter Führung der USA und der Zerstörung der Terrornetzwerke in diesem so fürchterlich gebeutelten Land. Deutschland hatte den Krieg zwar nicht mit kämpfenden Einheiten unterstützt, sicherte jedoch politisch und diplomatisch das Vorgehen der Amerikaner ab und macht sich seither für Afghanistans Zukunft stark.

Ganz anders Schröders Haltung im Irak-Konflikt. Obwohl Saddam Hussein den Irak seit Jahrzehnten als unbarmherziger Diktator beherrscht und den Nahen Osten mit mehreren Angriffskriegen überzogen hat, lehnt der rot-grüne Kanzler kategorisch jegliches militärische Eingreifen selbst mit UNO-Mandat ab, egal ob und was die Inspektoren der Vereinten Nationen im Irak an unerlaubten Massenvernichtungswaffen noch finden mögen.

Welch eine verheerende Politik aus kurzfristigem wahltaktischem Kalkül! Diese Politik nimmt jeden Druck von Saddam Hussein, entzieht den Inspektoren jede sinnvolle Grundlage, schwächt damit die UNO, bringt die NATO in eine Zerreißprobe und stößt die Amerikaner gewaltig vor den Kopf. Entgegen Schröders Formel von der "uneingeschränkten Solidarität" machte er eine Wende um 180 Grad hin zu einer radikal-pazifistischen Verweigerungshaltung, die Deutschland isoliert und das Vertrauenspolster deutscher

nach unserer Verfassung Pflicht eines Kanzlers und entspricht seinem Amtseid. Hier hat Schröder aus wahltaktischen Gründen gegen seine Pflichten als Kanzler gehandelt und damit Deutschland auf Jahre hinaus schwer geschadet. Damit hat er als Kanzler sträflichst versagt! Die politischen Konsequenzen dieser kurzfristigen Politik lassen sich noch gar nicht ermessen.

Zum politischen Flurschaden, so muss man befürchten, wird bald auch ein wirtschaftlicher Schaden hinzukommen. Einer Umfrage des

den Rezession und kostet weitere Arbeitsplätze.

Schröders Politik nach Stimmungslage ist blanker Opportunismus. Der Kanzler opfert die langfristigen Linien deutscher Politik seinen kurzfristigen wahltaktischen Erwägungen und verliert trotzdem (oder gerade deswegen?) weiter an Vertrauen in der Bevölkerung. Immer weniger Menschen trauen diesem Mann zu, das Land aus der größten Krise seit Kriegsende zu führen. Schröder hat keine Visionen oder wenigstens langfristigen politischen Ziele. Das

wird jetzt schmerzlich sichtbar.

Der Kanzler sitzt bald zwischen allen Stühlen und die noch treue Gefolgschaft in seiner Partei, bei den Grünen und Gewerkschaften wird mit der Fortdauer der wirtschaftlichen Talfahrt bei weiter steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Verschuldung der öffentlichen Haushalte schmelzen wie Schnee in der Frühlingssonne.

Und parallel wird bei Schröder und

Co. der Spaßfaktor auf Null sinken. Es darf also ernsthaft spekuliert werden, wie lange unser Spaß-Kanzler bei diesen Problemgebirgen noch durchhalten wird. Oder wird er, wie vor wenigen Jahren sein Superminister und Vorgänger als Spitzengenosse, Oskar Lafontaine, alles von heute auf morgen hinschmeißen, weil er die Schnauze voll und seine privaten Ziele (Ich will hier rein...) erreicht hat?

Es sollte uns alle nicht wirklich überraschen, wenn es so kommt. Und die Union sollte dieser Tag nicht unvorbereitet treffen.

wik

Des Kanzlers Trümmer

- Von Amerika fallen gelassen
- Isoliert in Nato und Europa
- Die Konjunktur am Boden



So wie das Magazin "Focus" sehen mittlerweile viele Experten die Kanzlerdämmerung heraufziehen.

Außenpolitik der letzten 50 Jahre schwer beschädigt.

Man darf mutmaßen, der Krieg gegen den Irak kommt trotz dieser "Ohne-mich-Politik", aber dank Schröders außenpolitischem Geniestreich ist Deutschland völlig ohne Einfluss auf Ziele und Verlauf des Krieges sowie die Gestaltung der künftigen Friedensordnung in der Region.

Niemand verlangt von einer deutschen Regierung, dass sie bedingungslos Kadavergehorsam mit den USA übt, aber die Wahrung der deutschen Interessen, ohne einen deutschen Sonderweg zu gehen, ist

ifo World Economic Survey unter Experten ergab schon im Oktober 2002, dass mehr als ein Drittel der deutschen und knapp 46% der amerikanischen Befragten mit einer Verschlechterung der Geschäftsbeziehungen zwischen den USA und Deutschland in der Folge des politischen Klimawechsels rechnen. Besonders die mittelständischen Unternehmer Amerikas sehen in den politischen Verhältnissen einen wichtigen Grund für rückläufige Geschäfte mit deutschen Unternehmen. Damit verhindert Schröders außenpolitisches Abenteuer zusätzlich noch den Weg aus der drohen-

den Rezession und kostet weitere Arbeitsplätze.